

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedächtnisstr. 84, bis 8 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

## Nachspiel der Wiener Unruhen.

### Heute Tagung des Gemeinderates. - Die Christlich-Sozialen gegen die Schutzwache.

r. bn. Wien, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Es ist bereits bekannt, daß heute nachmittag bei der Beerdigung der drei toten Sicherheitspolizisten und des einen Kriminalbeamten, der gleichfalls den Unruhen der letzten Woche zum Opfer gefallen ist, der Bundespräsident und die Bundesregierung teilnehmen werden. Gegen diese Tatsache an sich wäre wohl nichts einzuwenden. Aber da der Bundespräsident und die Bundesregierung gestern die Beerdigung der ersten 57 Todesopfer ohne das geringste Zeichen der Teilnahme haben vorübergehen lassen, erregt ein auffälliger Gegensatz, der natürlich keineswegs geeignet ist, die tiefe Erregung in den Arbeitermassen zu verringern.

Ein etwas merkwürdiges Verfahren der Bundesregierung ist es, auf Anfragen, die in der gestrigen Presskonferenz im Rathaus gestellt worden sind, öffentlich zu antworten. In dieser Antwort erklärt die Bundesregierung mit einer bisher eigentlich noch nicht zu beobachtenden Schärfe, daß die Gemeindefürsorge weder eine gesetzlich noch eine verfassungsmäßige Grundlage habe. Diese Behauptung ist aber unrichtig. Denn der Artikel 122 der Landesverfassung für Wien sagt ausdrücklich, daß der Magistrat unter Leitung und Verantwortung des Bürgermeisters die der Gemeinde zustehende Lokalpolizei auszuüben habe. Die Stadt Wien hat also mit der Aufstellung der Schutzwache im Rahmen ihrer Befugnisse gehandelt. Wenn die Bundesregierung das bestreitet, so ist es sicher, daß die christlichsozialen Rinderheiler in der heute nachmittag 5 Uhr beginnenden Gemeinderatssitzung sich auf denselben Standpunkt stellen wird. Die Tagesordnung an sich bietet nichts Besonderes, aber durch einen sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag wird die Zustimmung zur Aufstellung der Schutzwache und die Bewilligung ihrer Kosten - pro Mann 8 Schilling täglich mit Verpflegung - gefordert werden, und die Besprechung darüber wird natürlich den gesamten Vorgängen gelten. Sie wird also voraussichtlich sehr stürmisch werden. Wir werden darüber eingehend berichten. Es ist natürlich kein Zweifel, daß der Dringlichkeitsantrag angenommen werden wird; denn die Sozialdemokraten haben die Zweidrittelmehrheit weniger zwei Stimmen.

In Anbetracht an die Gemeinderatssitzung wird der Landtag von Wien zusammengetreten, der aus denselben Personen besteht wie der Gemeinderat, aber nicht unter dem Vorsitz des Wiener Bürgermeisters tagt. Der Landtag wird die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die gesamten Vorgänge, soweit sie die Gemeinde betreffen, beschließen. Mit der Einsetzung eines anderen Ausschusses durch den Nationalrat, der am kommenden Montag zusammengetreten wird, ist gleichfalls zu rechnen.

### Für die Panikstimmung, die noch immer andauert.

Ist es auch bezeichnend, daß die Regierung verschiedene Orte in der Provinz militärisch besetzen läßt, oder, soweit sie schon besetzt sind, die Besatzung verstärkt. In dem sogenannten Mittel, in der Nähe von Wiener-Neustadt, südlich von Wien, ist von altersher eine Pulverfabrik. Sie wurde bisher von einigen Mann Soldaten bewacht. Heute aber hat die Bundesregierung oder die Heeresleitung eine ganze Kompanie Militär von Wiener-Neustadt dorthin verlegt, weil sie glaubt, die Pulverfabrik vor einem angeblich drohenden kommunistischen Angriff schützen zu müssen. Von unserer Parteiorganisation in Wiener-Neustadt - einer gleichfalls überwiegend sozialdemokratischen Industriearbeiter - erfahren wir, daß für diese Behauptung jede Grundlage fehlt.

Zur gestrigen Totenfeier wird nachträglich noch bekannt, daß zahlreiche Wehrleute des Bundesheeres, die an der Beerdigung eines ihrer Kameraden teilnehmen wollten, der auf einem privaten Wege in Zivilkleidung am Freitag erschossen worden ist, diese Teilnahme verboten wurde, und zwar unter Berufung auf die noch immer bestehende Konfiskation, das heißt die Zurückhaltung der Soldaten in den Kasernen. Polizeigewehre scheinen jetzt endlich von den Straßen zu verschwinden.

Für die heutige Gemeinderatssitzung haben die Christlichsozialen verbreiten lassen, daß sie an der Sitzung nicht teilnehmen würden, weil im Rathaus die Gemeindefürsorge untergebracht ist und eine parlamentarische Körperlichkeit

nicht unter dem Druck der bewaffneten Macht der Mehrheitspartei tagen

könne. Um ihnen nun diesen Vorwand zu nehmen, der offenbar bestimmt ist, im Ausland Stimmung gegen die Wiener Gemeinderatsmehrheit zu machen, ist der allergrößte Teil der Gemeindefürsorge aus dem Rathaus entfernt und in andere städtische Gebäude verlegt worden, so daß die Christlichsozialen keinen Grund mehr haben, der heutigen Sitzung fernzubleiben. Der Sitzung selbst sieht man mit höchster Spannung entgegen. Denn es ist ja die erste parlamentarische Verhandlung über die Vorgänge der letzten Woche und zum ersten Male werden Behauptungen und Gegenbehauptungen gegeneinander stehen und abgewogen werden können.

### Schöber lobt die „maßvolle“ Polizei.

Wien, 21. Juli. (WTB.) Der Polizeipräsident hat einen Tagesbefehl erlassen, worin er der Polizeibeamten gedenkt, die bei den Ereignissen vom 15. und 16. Juli den Tod gefunden haben oder verletzt worden sind. Die Bundesregierung habe ihm aus diesem Anlaß ihr Bedauern über die Opfer zum Ausdruck gebracht und der Wiener Polizei Dank und Anerkennung für ihr maßvolles und

opferwilliges Verhalten ausgesprochen. In dem Tagesbefehl heißt es, daß vier Polizeibeamte den Tod fanden, 58 schwer, darunter einige lebensgefährlich, 202 noch unbestimmten Grades (1) und 163 leicht verletzt wurden.

### Anschlag auf einen sozialistischen Landtagsabgeordneten.

Innsbruck, 21. Juli. (WTB.) Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ meldet, daß auf den sozialdemokratischen Tiroler Landtagsabgeordneten Brunner in Buch bei Schwaden mehrere Gewehrschüsse abgegeben worden seien. Die Täter seien bereits verhaftet worden.

### Untersuchungsverfahren gegen Pief.

Wien, 21. Juli. (WTB.) Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, wird gegen den hier verhafteten kommunistischen Landtagsabgeordneten Pief ein strafrechtliches Untersuchungsverfahren eingeleitet werden, da er verdächtig ist, an der Agitation zur Veranstaltung neuer Unruhen teilgenommen zu haben.

### Blum über das Vertrauen zu der Wiener Führung.

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im „Populaire“ bespricht Leon Blum die Vorgänge in Oesterreich. Er schreibt: Die Entschlüsse unserer Kameraden, die alle einzig vom Interesse der Arbeiterklasse geleitet wurden und keinerlei Zugeständnis an die Regierung Seipel enthalten, haben über die natürliche Erbitterung eines herausgeforderten und beleidigten Proletariats den Sieg davongetragen. Eine Partei, die einer derartigen Selbstbeherrschung fähig ist, ein solches Vertrauen in ihre Führer hat, kann getrost in die Zukunft sehen. Sie braucht sich ebensowenig um die Beleidigungen des Faschismus wie des Kommunismus zu kümmern.

### Wien und die Kommunisten.

#### Das „Etki“ belästigt die Angeklagten der kommenden Prozesse.

Die Rolle, die die kleine kommunistische Partei Oesterreichs in den Wiener Sturmtagen gespielt hat, liegt noch im Dunkeln. Die Vermutung der Wiener Christlichsozialen „Reichspost“, daß der Freitag-Aufstand von ihr inszeniert worden sei, um der österreichischen Sozialdemokratie eine Falle zu stellen, ist aller Wahrscheinlichkeit nach falsch. Am Ausbruch des Aufstandes scheinen die Kommunisten unschuldig zu sein, erst am Sonnabend waren deutlichere Anzeichen dafür zu bemerken, daß sie die Bewegung in ihre Richtung zu lenken versuchten.

Nun veröffentlicht das Exekutivkomitee der Moskauer Internationale einen ruhmredigen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„So, die Kommunisten standen und stehen in der ersten Reihe des Kampfes. Sie kämpften zusammen mit der Masse, nicht gegen sie, wie die Sozialdemokratische Partei. Es sind die revolutionären Lösungen der kommunistischen Partei, für die die Arbeitermassen jetzt kämpfen, und nicht die bankrotte reformistische Politik der Sozialdemokratischen Partei. Die kommunistische Partei Oesterreichs hat ihre revolutionäre Pflicht erfüllt. Deswegen trifft sie der ganze Haß und die ganze Wut der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Regierung.“

Die Moskauer sind weit vom Schuß und prahlen nach Leibesträften. Inzwischen werden ihre Wiener Anhänger verhaftet. Das Exekutivkomitee in Moskau liefert für die schon vorgenommenen und die weiteren Verhaftungen, für die Anklage des Staatsanwalts und die Urteile der Richter gefällt die Argumente. In Moskau kann man das tun, ohne sich dadurch die geringsten Unannehmlichkeiten zuzuziehen. Die Opfer in Wien werden wahrscheinlich weniger davon erbaute sein, daß man sie von Moskau aus noch belästigt, nur um renommierten zu können.

In demselben Aufruf heißt es:

Und jetzt, da die Massen mit gewaltigem revolutionären Schwunge für ihre Lebensforderungen kämpfen, da richtet sich das ganze Augenmerk der Sozialdemokratischen Partei nur darauf, diesen Kampf so rasch und vollkommen als möglich abzumägen. Der Austro-Markismus zeigt sich in einem wahren Wesen. Vor die Probe gestellt, zeigt die „linke“, „revolutionäre“ österreichische Sozialdemokratische Partei, daß sie Koste und Scheidemann nicht nachsteht. In der Bildung einer besonderen Wiener „Gemeindepolizei“ aus Mitgliedern des sozialdemokratischen „Republikanischen Schutzbundes“, die zusammen mit der Staatspolizei die Ordnung gegen die Wiener Arbeiter aufrechterhält, zeigt sich blutig erhellte die ganze Rolle der österreichischen Sozialdemokratie, zeigt sich, wohin der „linke“ Weg von Bauer u. Co. führt. Der Bankrott und der Verrat des Austro-Markismus muß vor der Arbeiterschaft der ganzen Welt aufs schärfste gebrandmarkt werden.

Um den „Bankrott und den Verrat des Austro-Markismus“ in der üblichen Manier „brandmarken“ zu können, liefert das Etki dem Staatsanwalt Material. Die Austro-Markisten werden, wie wir sie kennen, sich dafür revanchieren, indem sie alles tun werden, um das Los der kommunistischen Gefangenen zu erleichtern. So sind diese niederträchtigen „Austro-Markisten“.

## Schulgesetz und Verfassung.

Von Rudolf Breitscheid.

Die Presse der Deutschnationalen und des Zentrums bemüht sich aufs eifrigste um den Nachweis der Vereinbarkeit der neuen Schulvorlage mit der Reichsverfassung und um ihren Zweck zu erreichen, versucht sie sich besonders in den gewagtesten Interpretationen des Artikels 146. Der habe die gemeinsamen Formen der Grundschule im Auge und laufe nur auf Ablehnung von Unterrichtsanstalten hinaus, die in der Art von Vorschulen, Bürgerschulen und anderen Instituten der besitzenden Klasse als Konkurrenzunternehmen für die staatliche Volksschule in Frage kämen. „Mit keinem Worte“, so lesen wir in der Germania, „ist in Artikel 146 Absatz 1 davon die Rede, daß die Gemeinschaftsschule die Regel, die Konfessionsschule die Ausnahme bilde.“

Diese Auffassung ist durchaus falsch, und fast hat man den Eindruck, als würden nur deshalb so lächerliche Behauptungen aufgestellt, weil die Ausleger bei ihren Lesern eine vollständige Unkenntnis der Verfassung voraussetzen zu können glauben. In dem angezogenen Absatz 1 des Artikels 146 sind nämlich als unmaßgeblich für die Ausnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule nicht nur die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung, sondern auch das Religionsbekenntnis der Eltern ausdrücklich genannt. Die Schulgemeinschaft erstreckt sich also nicht nur auf die sozialen Klassen, sondern auch auf die verschiedenen Konfessionen.

Aber wir müssen weiter lesen. In dem zweiten Absatz des Artikels heißt es: „Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb auch im Sinne des Absatz 1 nicht beeinträchtigt wird.“ Was ließe sich mit dem Worte „indes“ anfangen, wenn die Vertreter des Gedankens der konfessionellen Schule mit ihrer Interpretation des ersten Absatzes im Recht wären? „Indes“, das eine Einschränkung bedeutet, setzt logisch die Existenz eines Grundgesetzes voraus. Die Einschränkung besteht in der Ermöglichung der Einrichtung von Bekenntnisschulen auf Antrag der Erziehungsberechtigten. Es können unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen von der Regel gemacht werden, und selbst wenn der erste Absatz Zweifel Raum ließe, würde der zweite das Vorhandensein eines Grundgesetzes beweisen. Keine Regel ohne Ausnahme, aber auch keine Ausnahme ohne Regel, und die Regel ist eben die Gemeinschaftsschule auch im Sinne der Zusammenfassung der Bekenntnisse.

Die Reichsverfassung gewährt also der Simultan-schule den Vorrang. Diese ist die in erster Linie gegebene Unterrichtsform; die Errichtung von Bekenntnisschulen und Weltanschauungs- bzw. weltlichen Schulen ist im Gegensatz dazu von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht.

Was aber besagt der neue Gesetzesentwurf? Er stellt alle drei Formen als gleichberechtigt nebeneinander. Er will ihnen allen „freie Entwicklungsmöglichkeiten“ geben. Alle schon bestehenden Schulen gelten in ihrer Schulform als beantragt. Die Einrichtung von neuen - auch die von Gemeinschaftsschulen - oder die Umwandlung von bestehenden Unterrichtsanstalten in eine andere Form - auch die in Gemeinschaftsschulen - unterliegt den Voraussetzungen des Artikels 146, Absatz 2. Der Widerspruch zur Reichsverfassung ist sonnenklar, und daran ändert auch nichts die in § 2 des Entwurfs abgegebene Versicherung, daß die Beseitigung der Vorrechte der Gemeinschaftsschule unbeschadet des Artikels 146 Absatz 1 erfolge. Dieser neckische Satz ist offenbar eingefügt worden, um die Bedenken der Volksparteiler zu beschwichtigen und um das Gesetz den Gerichten gegenüber hieb- und stichfest zu machen. Aber seine Einschaltung bleibt ein schlechter Witz und ein trauriges Taschenspielerkunststück.

Nach Artikel 144 der Verfassung unterliegt das Schulwesen der Aufsicht des Staates. Die Schulaufsicht wird durch hauptamtlich tätige, sachmännlich vorgebildete Beamte ausgeführt. Der hauptamtlich tätige, sachmännlich vorgebildete Beamte steht, wie das u. a. in dem Kommentar von Anshütz treffend herausgearbeitet wird, im Gegensatz zu dem nicht als Schulmann ausgebildeten Geistlichen. Nun bestimmt die Gesetzesvorlage, daß in die örtlichen Schulverwaltungskörper, denen konfessionelle Anstalten unterstehen, je ein Vertreter der entsprechenden Religionsgesellschaft (evangelischer Pfarrer, katholischer Pfarrer, Rabbiner) mit Sitz und Stimme aufzunehmen ist. Außerdem bestellt laut § 16 der Staat „im Schulwesen erfahrene“ Beauftragte, die von der Religionsgesellschaft vorgeschlagen werden, zur „Einsichtnahme“ in den Religionsunterricht, und endlich soll den obersten Stellen der Religionsgesellschaften Gelegenheit gegeben werden, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaften erteilt wird.

Hier haben wir also die Geistlichen mit obligatorischem Sitz in den Verwaltungskörpern und die Religionsgesellschaften als Kontrolleure des Religionsunterrichts. Was heißt das anders als die Wiedereinschmelzung geistlicher Schulaufsicht in etwas anderer Form - zunächst über den Religionsunterricht? Es ist anzunehmen, daß sich die volksparteilichen Minister durch die vorsichtigen Formulierungen „Einsichtnahme“, „Gelegenheit zum Schüberzeugen“ haben einfließen lassen. Der Reichstag aber hat die Pflicht, den Schwindel aufzudecken und

den Geist der Reichsverfassung gegen die Vergewaltigungsversuche der Dunkelkammer zu schützen.

Ueber zwei weitere Punkte können Zweifel herrschen. Einmal, ob dem Artikel 174 der Reichsverfassung, nach dem bestimmte Gebiete (Baden, Hessen und das ehemalige Herzogtum Nassau), in denen Simultan Schulen auf Grund älterer Gesetze zu Recht bestehen, besonders berücksichtigt werden sollen, durch die Einrichtung einer fünfjährigen Sperrfrist genügend Rechnung getragen ist, und zum andern, ob die etwas unklare Fassung der Vorlage genügend Sicherheit dafür bietet, daß die in konfessionellen Anstalten eingeschulten Kinder entsprechend der Verfassung (Artikel 138 und 149) nicht gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an religiösen Übungen und religiösen Unterrichtsfächern gezwungen werden können.

Wie auch die Antwort auf die letzten beiden Fragen lautet mag: die Unvereinbarkeit des Gesetzesentwurfs mit Geist und Wortlaut der Reichsverfassung ist nicht in Abrede zu stellen. Unser Kampf wird sich also nicht nur gegen seinen materiellen Inhalt zu richten haben, sondern gleichzeitig auch eine Verteidigung des Wertes von Weimar sein. Es soll zwar bereits ein Gutachten des Reichsjustizministeriums vorliegen, das im voraus alle verfassungsmäßigen Bedenken zurückweist. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und wir kennen auch den Verfasser, der aus Gründen der Staatsräson alles zu beweisen imstande und gewillt ist, was von ihm verlangt wird. Wir werden uns aber in unserer Abwehr durch die Auslegungslinien der beamteten Hüter des Rechts nicht beirren lassen.

## Justiz im Schnecken tempo.

### Aburteilung der Arendsdorfer Stahlhelmer verzögert?

Die Leiche des am Mittwoch verstorbenen Reichsbannerkameraden Richard Welland ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Frankfurt a. d. Oder beschlagnahmt worden. Die Todesursache soll genau festgestellt werden. Angesichts dieses zweiten Todesfalles infolge der Stahlhelmschießerei in Arendsdorf ist mit Recht in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen worden, wann nun endlich die Aburteilung der Täter erfolgen würde.

Bekanntlich ist zur Beschleunigung des Verfahrens der Untersuchungsrichter von seinen übrigen Dienstgeschäften befreit worden. Die BS-Korrespondenz weiß nun zu melden, daß Landgerichtsrat Lade wig seinen Sonderauftrag in der Weise erledigte, daß er zunächst einmal, nachdem er eine zeitlang tätig war, in Urlaub ging. An seiner Stelle führt jetzt Landgerichtsrat Hippe die Angelegenheit weiter. Daß mit einem derartigen Verfahren die Aburteilung der Uebertäter nicht gerade beschleunigt wird, liegt auf der Hand.

Man rechnet damit, daß die Voruntersuchung in etwa 8 bis 14 Tagen abgeschlossen sein wird. Dann aber drohen noch weitere Verzögerungen infolge der Gerichtsferien. Möglicherweise werden zwei getrennte Verhandlungen stattfinden, und zwar gegen die Hauptangeklagten, insbesondere gegen den Stahlhelmschützen Schmelzer wegen Mordes vor dem Schwurgericht, gegen die übrigen Attentäter wegen Landfriedensbruchs. Da das Schwurgericht in den Gerichtsferien nicht zusammentritt, würde die Hauptverhandlung gegen den Mörder Schmelzer erst im Herbst vor sich gehen. Wohlstand wollte mit anderen damals verletzten Reichsbannerkameraden im Prozeß gegen Schmelzer als Nebenkläger auftreten. Er ist jetzt tot. Dieser kostbare Fall sollte doch der Staatsanwaltschaft Veranlassung geben, alles zu tun, um die Sühne für die Arendsdorfer Mordtaten zu beschleunigen.

Wenn die Leiche des verstorbenen Kameraden Wohlstand rechtzeitig freigegeben wird, beabsichtigt das Reichsbanner, die Trauerfeier am Sonntag, dem 24. Juli, in Erkner abzuhalten.

**Teilt Jalecki zurück?** Wie uns aus Warschau gemeldet wird, lassen einige Blätter durchblicken, daß drei Minister demnächst auscheiden dürften, und zwar der Außenminister Jalecki, der Innenminister und der Minister für öffentliche Arbeiten.

## Hochsommer.

Von W. Rosen.

In lastenden Ketten blühen die Zweige der Rosenstöcke, und die Farbensta der Rosen steigt aus dunkelstem Rot ins blendende Weiß. Als hätte sich die alte, graue Erde ihr Anlied verführerisch gepudert, so duften und glühen die Parks und Anlagen. Duale Blumenbeete sind wie riesige Paletten hochgewölbt von aufgetupften Farben. Die Sonne drückt die Farbensöne aus den Stengeln wie aus Tuben, die voll Duft und Farbe sind. Die Hülle aller Rosen, die morgens noch in festen Knospen den Blütenkelch verschließen, zeigen am Mittag ihre goldbestäubten Kronen. Abends liegen die Blütenblätter wie feine weiße und rote Rüschen auf den Wegen, und die Luft ist schwer vom Duft stehender Rosen.

Die Nacht war schwül vom schweren Rosenduft, der aus den Gärten in mein Zimmer drang, und die Bergweisung bitterer Arbeitslosigkeit lockt mich aus Rosenzweigen Dornentronen um die Stirn, daß ich aufsprang und der Nacht entflo. Ueber den Dächern verglühten die Sterne, und das tiefe Blau der Nacht verfarbte sich zu glanzlosem Dpa. Schlafversunkn lagen noch die Straßen. Nachtblau dehnten sich die Felder, und die Mutter aller Rosen, die Heckenrose, stand mit verschlossenen Blütenaugen an den Feldwegen.

Wie Menschen in Wanfarben und Dachkammern sich behutsam zur frühen Arbeit rüsten und den Schlaf der Nachbarn unter sich nicht stören, so behutsam gehen Halme hin und her und stören nicht den weißen Alee, der reglos und von Tau beschwert zwischen den lichten Halmen Boden faßt.

Tief und ruhevoll liegen die Felder, wie ein unbewegtes Meer. Aus der Erde aber drängen sich und strömen die treibenden Kräfte, und in parallelen und diagonalen Linien steigen seine Rebel empor, himmelumfassende Wolken zu bauen.

Ich atme meine Lungen voll des Odms, der aus Fruchtbarkeit und Reife mir entgegenfließt und gehe einen Weg, wo Erdmenschen Erde bauen und mit mir wach sind, wenn der Tag erst graut. Mein Weg, ungleich dem Partweg, den sie schön und schattig nennen, weil er die Wahrheit aller Dinge in Bindungen umgeht, mein harter Feldweg führt mich in Gefilde, die tausendmal wertvoller und farbenschöner sind als jener Garten voll von Damaszenerrosen.

Wo sich der reife Raps in Zentnerlasten goldberbräunt zur Seite legt, da blüht unübersehbar weit ein leuchtendes, korallenrotes Meer. Noch liegt die Sonne hinter dem Horizont, und das Schauspiel des Tagesanbruchs hat noch nicht begonnen. Aber die feuerleibenden Fahnen des hohen Rohms glimmen und flammten, als hätte jedes reife Rapsstorn eine kleine rote Fahne aufgesteckt, und als wollte das weiße Feld das Fest der ersten reifen Feldfrucht in Millionen roten Bannern feierlich begehen.

Wo bleibt der Duft und all die Pracht der Gärten im Tages-

## Stürmchen ganz links.

### Um das Mandat des Abg. Schwarz.

Links von den offiziellen Kommunisten steht die Gruppe Ruth-Fischer-Urbahns. Sie bezeichnet die Offiziellen als eine „Zweite Sozialdemokratische Partei“. Aber links von der Gruppe Ruth-Fischer-Urbahns steht die „Entschiedene Linke“ des Reichstagsabgeordneten Schwarz. Diese zählt in ihren Aufzügen nicht bloß die SPD, was ja ganz selbstverständlich ist, sondern auch die Urbahns-Gruppe zur „Konterrevolution“. Und noch linker als die „Entschiedene Linke“ steht die kommunistische Arbeiterpartei. Die ist erst die richtige, denn sie verwirft den Parlamentarismus und sieht in jeder Beteiligung an Wahlen einen „Verrat am Proletariat“.

Nun wollen sich die Entschiedene Linke und die kommunistische Arbeiterpartei aber, kurz gesagt, die EL und die KAPD, verschmelzen, aber — o weh! — es gibt ein Hindernis. Der entschiedene linke Schwarz ist nicht nur Studienrat, sondern auch M. d. R. Also muß er sein Mandat niederlegen, nichts einfacher! Doch da gibt es wieder einen Haken oder sogar zwei. Erstens bezahlt Schwarz mit seinen Diktien die ganze Agitation des Grüppchens, zweitens aber ist er Staatsbeamter!

Eine Mitgliederversammlung der EL in Berlin war noch radikalster als die EL im Reich. Sie forderte die Mandatsniederlegung. Gegen diese Forderung erließ die Mehrheit (!) des „GAB“ (Geschäftsführender Hauptausschuß der EL) in der „KAP“ („Kommunistische Arbeiterzeitung“) einen fast drei Spalten langen Aufruf, worin die Forderung, daß Schwarz das Mandat niederlegen solle, als „irrsinnig“ zurückgewiesen wird. Jedes „denkende Arbeiter“ müsse das verstehen, und nur der „Unverstand der Massen, der Feind, den wir am tiefsten hassen“, begreife das nicht. Denn erstens könnte die EL nichts mehr drucken lassen, wenn Schwarz keine Diktien mehr habe, zweitens aber... das muß man wörtlich genießen:

Die Frage der Niederlegung des Mandats selbst birgt zwei Fragen in sich: eine persönliche und eine politische. Genosse Schwarz erklärte, nachdem er sich eine Bedenkzeit ausgedacht hatte, daß er zur Ausübung seiner parlamentarischen Funktion beurlaubt, eine demonstrative Niederlegung, die eine öffentliche Kampfansage gegen die kapitalistische Gesellschaft einschließt — und nur diese Demonstration könnte in Frage kommen — die Handhabe bieten könne, um ihn als Staatsbeamter zu erledigen, und dies als Lebenszeit. Er legte die Frage vor, ob dieses Opfer in der heuligen Situation (in einer revolutionären Situation ist es eine Selbstverständlichkeit) in einem entsprechenden Verhältnis stünde zu dem politischen und sonstigen Kredit, der erstl. durch diese Geste hervorgerufen werden könnte.

Mit Entsetzen bemerkt man, daß auch schon die EL und die KAPD (sozialdemokratisch verwehrt) sind. Auch dort gibt es Leute, die meinen, daß die gegenwärtige Situation — trotz Wien und Böhmen über Wien — nicht revolutionär ist, und daß es darum besser sei, Staatsanstellungen mit Pensionsberechtigung zu halten, wenn man sie hat.

### Welche Opportunisten, diese Revolutionäre!

Lezte Nachricht vom Kriegsschauplatz: „Eine gut besuchte Gaufkonferenz der EL, KAP und KAPD, die in Essen tagte, beschloß einmütig die Liquidierung der EL und billigte ebenso einmütig die Haltung der Hauptausschüsse der KAP, KAPD und EL in der Frage des Mandats“.

„Die Ortsgruppe Berlin der EL vertritt in ihrer Mehrheit eine gegenteilige Auffassung. In der KAPD ist die Diskussion noch nicht abgeschlossen.“

## Der heffische Innenminister gestorben.

Darmstadt, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag vormittag um 10.30 Uhr verstarb der heffische Minister des Innern und der Justiz, Otto von Breniano. Der Verstorbene gehörte der Zentrumspartei an. Seit 1897 Mitglied der heffischen Kammer, wurde er 1919 Mitglied des neuen heffischen Landtages und kurz darauf wurde er zum Minister gewählt. Vor einigen Wochen mußte für Breniano bereits ein Stellvertreter bestellt werden.

## Sklavenhalter im 20. Jahrhundert.

In einer der Sitzungen des Antisklavereivereins, der kürzlich in London seine jährliche Versammlung hielt, entwarf der Vorsitzende dieses Vereins, Charles Roberts, ein Bild des modernen Sklavensystems und des trotz aller internationaler Verträge dennoch in einzelnen Teilen der Welt ungehindert fortlebenden Sklavenhandels. Er ging in seiner Rede davon aus, daß es irrig sei, wenn man annehmen wolle, daß die von 35 Staaten angenommenen Bestimmungen zur Unterdrückung der Sklaverei, dem Handel mit lebenden Menschen und ihrer grauenhaften Behandlung ein Ende bereitet hätten, läge doch gerade jetzt dem Völkerbunde in Genf der Antrag vor, Abestinnien nicht nur zur Annahme, sondern auch zur Durchführung der Antisklavereibestimmungen zu bringen. Neben Abestinnien seien es, wie Roberts weiter ausführte, besonders die portugiesischen Kolonien, in denen bisher sehr wenig geschehen sei, um der Sklaverei in Uebereinstimmung mit den bestehenden Verträgen Einhalt zu tun, doch dürfe man die Hoffnung haben, daß durch das Eingreifen des Völkerbundes wie in Abestinnien, so auch hier die Sklaverei abgeschafft werde.

Viel schlimmer liegen dagegen die Verhältnisse in Australien. Unbekümmert um alle internationalen Abmachungen und um alle Parlamentsbeschlüsse (deren erster bereits 1807 erlassen worden ist) steht der Sklavenhandel und die Sklavenarbeit auf den großen Farmen im Innern des Landes, von deren Ausdehnung man sich kaum einen Begriff machen kann, noch in voller Blüte. Angesichts der ungeheuren Größe der in Frage kommenden Gebiete und des nur schwach bevölkerten Innern Australiens, wodurch den Großgrundbesitzern eine nahezu unbeschränkte Herrschaft über die Eingeborenen in die Hände gegeben wird, ist es nicht leicht, diesem Unwesen zu begegnen, aber wenn auch der Verein hier eine außerordentlich schwierige Frage zu lösen habe, so würde er doch alles tun, um auch in diesen Gegenden Abhilfe zu schaffen. Man gehe nicht fehl, so schloß Roberts seine Rede, wenn man auf Grund des vorhandenen Materials die Zahl der heute noch trotz aller Verträge und Abkommen in strenger Sklaverei gehaltenen Menschen auf mehrere Millionen schätze. So erfreulich nun auch auf diesem Gebiet jeder, auch der kleinste Fortschritt sei, so mache es doch einer solchen Zahl gegenüber nicht viel aus, wenn im vergangenen Jahr durch die strengen Maßregeln der indischen Regierung an der Grenze von Betubschistan und in den chinesisch-birmanischen Grenzdistrikten etwa 6000—8000 Sklaven der Freiheit wiedergegeben worden seien.

## Vandervelde und der Frankfurterkrieg.

### Scharfe Zurückweisung des Berichts des deutschen Untersuchungsausschusses.

Brüssel, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch erschien der Bericht Vanderveldes an die Kammer über die im Untersuchungsausschuß des Reichstages gefallenen Urteilungen hinsichtlich des belgischen Frankfurterkriegs. Der Bericht umfaßt 20 Druckseiten. Die gegen die belgische Stollbevölkerung erhobenen Anschuldigungen werden im einzelnen, und zwar sehr scharf, widerlegt. Der Bericht schließt mit dem Hinweis auf die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland und auf die Härte der militärischen Besetzung und fügt hinzu:

„Bald zehn Jahre sind seitdem vergangen. Allmählich brachte die Zeit Veränderung. Vergessen konnte man gewiß nicht, aber man wollte gerne glauben, daß das Deutschland von heute nicht mit den Taten des alten Regimes solidarisch erscheinen wolle. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages hat es jedoch für richtig befunden, den Prozeß wieder zu eröffnen und einen Versuch zu machen, dessen Vergeßlichkeit er hätte einsehen müssen, nämlich die Schuldigen dadurch reinzuwaschen, daß man gegen ihre Opfer unberechtigte Anschuldigungen erhebt. Die belgische Regierung hatte die Pflicht, diese Anschuldigungen nicht unbeantwortet zu lassen. Deshalb legt sie diesen Bericht der Kammer vor, nicht um den Haß neu zu schüren, sondern um flagrante Verfälschungen der historischen Wahrheit abzuwehren.“

Es ist kein Zweifel daran, daß dieser deutsche Versuch einer juristischen Rechtfertigung des Vorgehens der deutschen Invasionstruppen im August 1914 gegen die belgischen Frankfurter eine außenpolitische Taktiklosigkeit und Torheit ersten Ranges war. Die Verletzung der belgischen Neutralität war eine Völkerrechtswidrigkeit, deshalb kann sich Deutschland nicht auf das Völkerrecht berufen, um die Niederlegung aller gefangenen Frankfurter und die Einäscherung ganzer Städte zu rechtfertigen. Und selbst wenn ein solcher Rechtfertigungsversuch rein juristisch aussichtsreich wäre, so würde es ein Gebot der politischen Klugheit gewesen sein, nicht zwölfeinhalb Jahre später und in einer Zeit deutsch-belgischer Enspannung mit diesen Aktenbänden neue Zwietracht zu säen. Die Sozialdemokratie hat sich von diesem törichtem Versuch ferngehalten. Wir sind überzeugt, daß im Grunde seines Herzens Dr. Stresemann über die Arbeit des Bell-Ausschusses genau so urteilt wie wir. Ebenfalls begreifen wir durchaus die Empörung der belgischen Sozialisten. Das einzige, was wir ablehnen, ist die künstliche Hineinziehung dieses peinlichen Zwischenfalles in den jetzigen deutsch-belgischen Rotenwechsel zu den Behauptungen Broquevilles über die Reichswehr. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge und die letzte belgische Antwortnote hat durch ihre Anspielung auf die Berichte des Untersuchungsausschusses nur bewiesen, daß ihr beweiskräftige Argumente fehlen.

## Belgisch-spanischer Schiedsvertrag.

### Mit obligatorischer Entscheidung.

Madrid, 21. Juli. (WTB.) Der spanische Botschafter in Brüssel und der belgische Minister des Aeußern, Vandervelde, haben in Brüssel einen Schiedsvertrag unterzeichnet.

In einem Kommentar der Agentur Fabra zu dieser Meldung heißt es: Der Vertrag entspricht vollkommen dem höchsten Ideal internationalen Rechts. Spanien und Belgien gehen noch weiter als der Völkerbund, dessen Entscheidungen lediglich Empfehlungen ohne obligatorischen Charakter darstellen. Der spanisch-belgische Vertrag dagegen ist für alle Streitfragen, welcher Natur sie auch seien, vollkommen rechtsverbindlich. Er sieht vor, daß, wenn die vertragsschließenden Parteien sich über eine Streitfrage nicht einigen können, sie diese einem Schiedsgericht unterbreiten müssen, dessen Entscheidungen für beide Parteien rechtsverbindlich sein sollen.

**Forstkultur und Unwetterkatastrophen.** Eine interessante Kontroverse wurde kürzlich im „Berner Bund“ ausgetragen. Ihr Gegenstand war die Frage, ob der Klimawechsel in Italien schuld gewesen sei an Roms Niedergang. Diese Frage wurde schon vor langer Zeit von einem der maßgebenden Schweizer Forstwissenschaftler umgekehrt formuliert. Er behauptete, Roms Niedergang sei schuld gewesen am Klimawechsel. Der sittliche und freiheitliche Niedergang Roms habe den freien kleinen Bauernstand vernichtet. Damit habe die Sklavewirtschaft und die Großgrundwirtschaft begonnen. Ihre Folge sei der gewissenlose Raubbau an den Wäldern gewesen, der zur Verumpfung der Wälderungen, zur Verminderung der Regenfälle, zur Ausbreitung der Malaria, zur Verarmung des Landes führte.

Zu dieser Entwicklung wurden nun in der fraglichen Kontroverse einige Parallelen gebracht, die auch in Deutschland angesichts der zahlreichen beispiellosen Unwetterkatastrophen dieses Sommers aufs äußerste interessieren müssen. Es wird erinnert an das von Jeremias Gotthelf geschilderte Hochwasser im Emmenthal vom Jahre 1837. Inzwischen sind die damals fasten Abdänge dieses Tales aufgeföhrt worden, und es hat seitdem nie mehr so verberendes Hochwasser gebracht. Mehrere andere ähnliche Fälle wurden noch aufgeführt, aus denen klar hervorgeht, von welcher grundsätzlicher Bedeutung für die klimatische Gestaltung einer Gegend ihr Forstbestand ist. Darüber hinaus wird daran erinnert, daß fast alle Länder rund um das Mittelmeer durch den Raubbau, der an ihren Wäldern getrieben worden ist, verheert sind. Wo einst die in aller Welt berühmten Febern des Libanon und die Eichen von Balaustanden, kann jetzt auf dem ganzen Wege zwischen Damaskus und Mekka die Lokomotive der Eisenbahn nirgends mehr Wasser nehmen. Die alte römische Provinz Afrika, die einstmals ein großer Garten war, mit einer Millionenstadt als Zentrum, ist jetzt Wüste. Also, forsätzliche Forstkultur erhält ein mildes, der Bodenkultur günstiges Klima und schafft Bodenverhältnisse, die genügend Wasser konsumieren können und Katastrophen verhüten.

**Die Entdeckung eines unterirdischen Flusses.** Ein über 1 1/2 Kilometer langer unterirdischer Fluß mit einem großen unterirdischen See in einer ungeheuren Stalaktitenhöhle ist im Süden Frankreichs in der Nähe des Dorfes Haut de l'Hotel im Departement der oberen Garonne entdeckt worden. Das Dorf erhält seine Wasserzufuhr von einer reichen Quelle, die aus einer Bergschicht in einer Höhe von 2500 Fuß entspringt; in der Nähe befinden sich natürliche Brunnen, von denen einer seit unordenlichen Zeiten zur Aufnahme von totem Vieh benutzt worden ist. Um festzustellen, ob das Dorfwasser durch diesen Brunnen vielleicht verunreinigt wird, drang ein Beamter, Norbert Costeret, in die Schlucht ein; er hatte ein troghohes Boot mitgenommen und sich eine elektrische Taschenlampe an der Stirn befestigt, um in der Dunkelheit zu sehen. Er fand nun einen unterirdischen Fluß von beträchtlicher Tiefe mit eiskaltem Wasser, und als er auf ihm entlangfuhr, fand er, daß der Fluß sich bald verengte und dann wieder zu großen unterirdischen Hallen erweiterte, bis er schließlich zu dem riesigen See gelangte, der noch nicht ganz erforscht worden ist.

Der 5. Internationale Kongreß für Vorerbungswissenschaft wird vom 11. bis 18. September in Berlin unter Teilnahme hervorragender Gelehrter aus den verschiedensten Ländern stattfinden.

# Auf dem Wege zum Sozialismus.

## Die Krise des Kapitalismus in bürgerlicher Beleuchtung.

Das Bürgertum macht eine schwere geistige Krise durch. Die Entwicklung der Industrie mit ihren Zusammenballungen zu gewaltigen Trusts, die wachsende Abhängigkeit der Arbeiter- und Verbrauchergruppen von wenigen Kapitalmagnaten — diese Dinge schaffen neue Vorstellungen in den Hirnen der Leute, die sich verzweifelt gegen das Vordringen des Sozialismus wehren und sich heute ihm beugen müssen. Die „Köln. Volkszeitung“, das Organ des rheinischen Zentrums, bringt in dem Handelsteil ihrer Nr. 523 eine längere Zuschrift, „von besonderer Seite“, die man geradezu als ein Symptom der Krise des Kapitalismus bewerten muß. Anschaulich wird geschildert, wie die kapitalistische Wirtschaft sich gewandelt hat, wie allmählich aus den rein privatwirtschaftlich organisierten Einzelunternehmungen immer größere Industriekörperschaften entstanden sind, die kaum noch als Privatunternehmungen gelten können. In den Riesen Trusts der chemischen Industrie, der Eisen- und der Elektroindustrie herrscht das Gewinninteresse des Aktionärs nicht mehr. Er hat nicht zu sagen. Allmächtig ist die Verwaltung. Die Unternehmungen werden zu wirtschaftlichen Lebenswesen mit eigener Existenzberechtigung, autonomen Unternehmungen. Sie — nicht mehr die Staaten — machen heute die Handelsverträge.

Die Wirtschaftsunternehmen drängen nach Anerkennung als Selbsttätige. Sie wollen nicht mehr nur Mittel zum Zweck des Geldverdienens für den Kapitalisten sein, wie sie es früher waren, sondern mehr als das. Sie erkennen sich, unerkannt für sie selbst zunächst, eine größere Rolle, vielleicht eine Rolle, wie sie auf seinen Betätigungsbereichen der Staat selbst spielt. Bei der J.-G. Farbenindustrie könnte man sich heute die Privatkapitalisten als Geschäftseigentümer getrost wegdenken, bei der Hapag nicht weniger und bei der AEG. gleichfalls. Die Gesellschaften würden die Betriebsmittel auf andere Weise zur Verfügung gestellt erhalten, sie erhalten müssen, weil ohne sie eine Weiterführung der deutschen Wirtschaft lückenhaft erschiene. Und dieses Bewußtsein der Unentbehrlichkeit, der Unabhängigkeit vom Besitz der formell souveränen Hauptversammlung, schafft den amtierenden Organen der Gesellschaften jene Machtstellung und jene Unbekümmertheit allen Einwendungen der Aktionäre gegenüber, die in den letzten Jahren des öfteren Empörung auslöste, die aber doch nichts anderes ist als die Erkenntnis sich wandelnder Verhältnisse, einer allgemeinen Umgestaltung des Wesens der Träger unserer Wirtschaft.

Es sind die großen Gedanken des wissenschaftlichen Sozialismus, deren schrittweise Erfüllung wir gegenwärtig beobachten: die Loslösung der Produktion vom Kapital. „Entrechtung des Kapitalismus“ hört man des öfteren die Opposition in den Hauptversammlungen ausrufen. Und dieser Einwand besteht zu Recht und läßt sich nicht entkräften. Der Aktionär hat in den großen Unternehmungen sein Stimmrecht nur noch der Form nach. Was ihm geblieben ist, das ist ein Anspruch auf einen Teil

des Gewinns der Gesellschaft, dessen Höhe vielfach nicht einmal mehr seiner praktischen Mitbestimmung unterliegt. Der Gewinnschein tritt praktisch an Stelle der Aktie. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sich im Laufe der Zeit diese entrechtete Aktie, dieser bloße Gewinnschein, der nicht einmal eine sichere Rente in Aussicht stellt, behaupten wird. Die Bemühungen um die Schaffung neuer Kapitalisierungsformen, wie sie in Gestalt der convertible bonds und anderer dem fremden Recht entlehnten Arten zu beobachten sind, weisen gleichfalls darauf hin, daß sich die Verhältnisse in lebhaftem Fluß befinden. Man will den Kapitalisten andere Formen nahelegen, will ihr Geld, nicht aber ihr Dreinreden haben, will die Interessen der Unternehmungen unabhängig machen von denen der Kapitalbesitzer. Emanzipation vom Kapital, Autonomie der wirtschaftlichen Betätigung, das ist das heute schon deutlich zu beobachtende Ziel.

Hat es Sinn, sich dieser Bewegung entgegenzustellen? Soll man wünschen, daß sie sich nicht durchsetzt, und hat man Mittel, um ihren Sieg zu verhindern? Wir möchten auf alle diese Fragen mit einem Nein antworten. Nachdem die Konzentration in der Wirtschaft derart gigantische Ausmaße angenommen hat, daß es von jeder Art Produktionsunternehmungen fast nur noch eine Einheit gibt — mag sie sich dabei Trust oder Kartell oder Syndikat oder Verband nennen —, wird man die Forderung nach einer Verteilung, die sich in erster Linie von volkswirtschaftlichen und nicht mehr privatwirtschaftlichen Interessen beeinflussen läßt, unterstützen müssen. Man wird — es erscheint fast gewagt, dies heute schon zu sagen — angesichts der Größe dieser Wirtschaftsträger sich nicht bogen wehren können, wenn der Staat als Vertrauensmann der verbrauchenden Seite der Volkswirtschaft sich Einblick und veto in die Geschäftsführung der autonomen Unternehmungen an Stelle der Hauptversammlungskontrolle verschafft. Man wird erhöhte Publizität dieser Unternehmungen zum Gesetz machen müssen, sonst aber gut tun, sich mit der Entwicklung abzufinden. Welche Mittel wären auch stark genug, um sie aufzuhalten? Es sind eben Zeitströmungen und nicht die Wünsche einiger Wirtschaftsreformer, die am Werke sind. Wir werden uns beglückwünschen können, wenn sich die Umgestaltung organisch und in Ruhe und Frieden vollzieht.

Dem Sozialisten sind diese Gedankengänge nicht neu. Er traf sie bei Marx und Kautsky, bei Hilferding und Rathenau. Aber das am Kapital interessierte Bürgertum sperrte sich dagegen. Es läßt heute noch in den politischen Kreisen gewisser Blätter von dienstwilligen Flachköpfen gegen den Marxismus zeteren. Aber es kann nicht mehr verhindern, daß es Leute in ihrem eigenen Lager gibt, die die Entwicklung sehen wie sie ist. Noch gehört in diesen Kreisen Mut zur Wahrheit. Aber sie marschieren so unauffällig, daß die, die ihr Widerstreben, bald als Narren oder feile Demagogen gelten werden.

# Der Mord von Bugt aufgeklärt.

## Der Täter ergriffen und gefänglich.

Eine überraschend schnelle Aufklärung fand der mit seltener Kohheit ausgeführte Raubmord an der Frau des Gemeindevorstehers Laurisch in Bugt bei Storkow. Dank der intensiven Zusammenarbeit der Ortpolizei, der Landjäger und der Berliner Nordkommission gelang es schon in der vergangenen Nacht, des Täters habhaft zu werden und ihn hinter Schloß und Riegel zu bringen. Nach genauer Feststellung des Tatbestandes, der ergab, daß nur ein sehr ortslundiger Mensch als Mörder in Frage kam, konnte Oberlandjägermeister Kanthim mit seinen Beamten den Kreis der verdächtigen Personen bedeutend eingengen. Zu ihnen gehörte auch ein 25 Jahre alter Kutscher Otto Philipp. Im Laufe der Untersuchung verstärkten sich die Verdachtsmomente gegen ihn so sehr, daß die Fahndung nach ihm auch in Berlin sofort angeordnet wurde. Den Kriminalbeamten des 22. Reviers gelang es dann auch, ihn auf offener Straße in Moabit zu ermitteln und festzunehmen.

Philipp ist seit seinem 8. Lebensjahr verwaist. Als er 11 Jahre alt war, kam er als Pflegekind zu dem Ehepaar Laurisch und blieb hier, bis er das 19. Jahr erreicht hatte. Er wurde im Hause wie ein eigenes Kind behandelt und hatte keine Not zu leiden. Als junger Mensch trat er in die Reichswehr ein, mußte aber infolge eines Unfalls bald wieder auscheiden und erhielt eine Abfindung von 2000 Mark. Seine früheren Pflegeeltern öffneten ihm von neuem ihr Haus und Philipp half bei der täglichen Arbeit. Erst als er sich einige Diebstähle und Unredlichkeiten zuschulden kommen ließ, wies der Gemeindevorsteher ihn aus dem Hause. Philipp wandte sich nach Berlin, fand hier erst Beschäftigung bei einer Müllabfuhrgesellschaft in Charlottenburg und arbeitete später als Anstreicher. Eine Zeit lang wohnte er in der Jagowstraße, weil er aber mit der Riete im Rückstand blieb, kündigte ihm die Wirtin zum 15. Juni. Nun zog er zu der Mutter seiner Braut, die ebenfalls in der Jagowstraße wohnt. Man wußte also, in welcher Stadtgegend man ihn zu suchen hatte und konnte ihn, wie schon erwähnt, an der Ecke der Siro- und Turmstraße verhaften.

Eine Durchsuchung seiner Wohnung förderte eine Reihe von Gegenständen zutage, die in Bugt gestohlen worden waren.

Nachdem in den frühen Morgenstunden Kriminalrat Gennat und Kommissar Johannes Müller aus Storkow zurückgekehrt waren, wurde ihnen der Verhaftete sofort vorgeführt und eingehend verhört. Nach längerem Zögern, wobei er vor allem versuchte, den Besitz des bei ihm gefundenen Geldes glaubhaft zu erklären, legte er endlich unter der Wucht der Beweise ein umfassendes Geständnis ab. Wie er erklärt, hatte er vor einigen Tagen seine Stellung als Anstreicher verloren und war ohne Geld. Er beschloß daher, seine früheren Pflegeeltern aufzusuchen, da ihm bekannt war, daß in dem sogenannten Gemeindevorsteher stets größere Summen aufbewahrt wurden. Am vergangenen Sonnabend machte er sich auf den Weg. Mit der Eisenbahn fuhr er über Königsmusterhausen bis Storkow und begab sich auf Umwegen, um nicht von Bekannten gesehen zu werden, nach Bugt. Bei Einbruch der Dunkelheit gelang es ihm, in die Hofschneide des Gemeindevorstehers hineinzukommen und

auf dem obersten Strohboden ein gezieltes Versteck

zu finden. Der Hund, der ihn von früher her kannte, ließ ihn unangefochten passieren. In seinem Schlupfwinkel, den jetzt zur Geratezeit niemand aufsuchte, blieb er bis zum Dienstag vormittag. Dann schlich er unbemerkt hinab auf den Hof und suchte sich ein neues

Versteck im Keller. Hier wartete er ab, bis die Feldarbeiter nach dem Mittagessen das Haus wieder verlassen hatten und bis die Belpersit herangekommen war. Wie er behauptet, rechnete er damit, daß auch Frau Laurisch zur Ernte hinausgegangen und das Haus leer sei. Das ist schon deshalb unwahr, weil er wußte, daß die ältere Frau die schwere Arbeit in der Sommerzeit nicht mehr leisten konnte. Nach seiner Darstellung gelang es ihm, durch den Keller und die Falltür in der Küche in die Räume zu kommen. Als er so am Gemeindevorsteher stand, um das Geld herauszunehmen, habe Frau Laurisch ihn überrascht und mit einem Stuhle ergriffen. Um sie abzuwehren, habe er aus der Seitentammer das Gewehr geholt und sie damit mehrmals über den Kopf geschlagen, bis sie tot zu Boden fiel. Auch dieser Behauptung begegnet man mit berechtigtem Zweifel.

Der Raubmörder hat sich vielmehr von vornherein mit dem Gewehr bewaffnet und die ahnungslose Frau hinterücks niedergeschlagen.

Nach dem Gelde brauchte er deshalb nicht lange zu suchen, weil er die passenden Schlüsseltanne. Das Fahrrad stahl er, um flüchten zu können. Nachdem er sich noch vom Boden eine Speckseite gestohlen hatte, gelang es ihm, durch die Hintertür, die er von innen aufschloß, das Grundstück ungesehen zu verlassen. Ueber Reuenmühle fuhr er nach Beeskow, kaufte hier von dem erbeuteten Gelde einige Aale und setzte die Fahrt fort nach Fürstentum. Nachdem er das Rad in einer Wirtschaft untergestellt hatte, benutzte er zur Heimfahrt nach Berlin die Eisenbahn. Der Mutter seiner Braut spiegelte er vor, daß er einen Ausflug gemacht habe und beschenkte sie mit den Fischen und dem Speck. Somit das Geständnis des Mörders.

Die einzelnen Widersprüche, die sich in seinen Angaben zeigten, werden in späteren Vernehmungen und Untersuchungen noch geklärt werden. Philipp wird nach heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Nach Abschluß der kriminalpolizeilichen Ermittlungen in Berlin wird er an die zuständige Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. d. O. abgeliefert werden.

## Um einen Wasserhahn!

### Schießerei in der Alvenslebenstraße.

Einen blutigen Ausgang nahmen jahrelange Streitigkeiten zwischen zwei Familien, die im vierten Stock des Obergebäudes in der Alvenslebenstraße 16 auf dem gleichen Turm wohnen. Seit einer Reihe von Jahren wohnt hier der 31 Jahre alte Buchhändler Alfred König mit seiner Ehefrau, Tür an Tür mit der 53 Jahre alten Köchin Klara Rustade. Die jähige Frau König befand sich schon als Mädchen in derselben Wohnung. Der Streit nahm seinen Anfang, als sie sich vor drei Jahren verheiratete. Der Janapfel war ein Wasserhahn, den beide Parteien gemeinsam auf dem Turm benutzen mußten. Wenn sich die Frauen an der kritischen Stelle trafen, kam es regelmäßig zum Kampf. Auch heute morgen blieb der Jan nicht aus. König, der den Streit schlichten wollte, wurde von der Köchin mit einem Kessel angegriffen. Der kleine, schwächliche Mann holte seinen Revolver und schoß um sich. Die Rustade wurde von zwei Kugeln getroffen und brach zusammen. Der Buchhändler eilte jetzt zum Revier, stellte sich selbst und hat, schmerzlich einen Arzt zu der Verletzten zu schicken. Die Rustade wurde nach dem St. Robert-Krankenhaus gebracht. Ihre Verletzungen sind nicht ungefährlich. König wurde vorläufig in Haft behalten.

## Die Fahrten „Außer Betrieb“.

Am 15. Juli ist in Berlin die neue Droschkenordnung in Kraft getreten, die eine wesentliche Vereinfachung der bisherigen Bestimmungen darstellt. Trotzdem sowohl die Droschkenordnung als auch die Ergänzungsbestimmungen alles andere denn ein Labyrinth von Paragraphen sind, herrscht besonders über das Fahren „außer Betrieb“ eine unbegreifliche Unklarheit, die durch Berichtigungen in bürgerlichen Zeitungen noch vermehrt wird. So sah man in den ersten Tagen eine große Zahl von leeren Kraftdroschken durch die Straßen fahren, die das Schild „außer Betrieb“ ausgeklippt hatten und auf der Fahrt zum nächsten Halteplatz keinen Fahrgast aufnahmen. Auf Befragen erklärten die Fahrer, daß die neue Droschkenordnung vorschreibe, nach Beendigung einer Fahrt das Schild „außer Betrieb“ aufzustecken und sofort den nächsten nicht vollbesetzten Halteplatz aufzusuchen, ohne unterwegs eine neue Fahrt anzunehmen. Wer den Fahrern diese unnötige Information erteilt hat, ist nicht festzustellen. Wie uns auf eine entsprechende Anfrage der Deutsche Verkehrsband, Abteilung Kraftfahrer, mitteilt, ist diese Auffassung völlig abwegig. Vorschrift ist lediglich, daß leere, unbestellte Kraftdroschken innerhalb des vom Nord- und Südring der Stadtbahn umgrenzten Stadtgebietes in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends an dem nächsten nicht vollbesetzten Halteplatz nicht vorüberfahren dürfen, sondern sich dort aufstellen müssen. Wenn hiergegen der Fahrer nach Beendigung einer Fahrt nicht den nächsten, nicht vollbesetzten Halteplatz, sondern einen bestimmten Bahnhof- oder sonstigen Halteplatz aufsuchen will, muß er das Schild „außer Betrieb“ aufstecken und darf dann unterwegs keine Fahrt annehmen. Durch diese Bestimmung soll verhindert werden, das sogenannte „Greifenfahren“ zu unterbinden, das besonders in letzter Zeit überhand genommen hat. Der Fahrer kann also nach wie vor auf dem Wege zum nächsten Halteplatz Fahrten annehmen und braucht sein Fahrzeug nicht außer Betrieb zu setzen. Wir glauben, durch diese Mitteilung die zurzeit herrschende Unklarheit behoben zu haben und bemerken nur noch, daß auch die Innung vereinigter Droschkenbesitzer Groß-Berlins der gleichen Auffassung ist.

## Ruhe und Ordnung in Wien.

Der Berliner Vertreter der österreichischen Bundesbahnen teilt uns mit:

Von allen maßgebenden amtlichen Stellen in Wien wird bestätigt, daß in der österreichischen Bundeshauptstadt absolute Ordnung und Ruhe herrscht. Handel und Wandel nehmen ihren gewohnten Lauf; die Theater, die Kinos, die Vergnügungsorte sind geöffnet, die Hotels, Restaurants und Cafés normal in Betrieb. Während der Unruhen ist auch nicht ein einziger Fremder in irgendeiner Weise belästigt worden. Sofort nach Beendigung des Verkehrsstreits hat der Zuweg von Fremden nach Wien wieder eingelebt. Die täglichen Abreisen von Fremden aus Wien überschreiten nicht den gewöhnlichen Umfang.

In Tirol hat, nachdem während der Streikzeit die Fremden das Land in Massen verlassen hatten, bereits wieder ein neuer Fremdenzufluss eingelebt. Mit den Abendzügen trafen Hunderte von Touristen in Innsbruck ein. Die Automobilbusse in den verschiedenen Tälern sind überfüllt.

Für die in der Zeit vom 4. bis 11. September stattfindende 13. Wiener Internationale Messe (Herbstmesse 1927) wurde eine große Anzahl von Erleichterungen und Begünstigungen gewährt. Die Besucher aus Deutschland bedürfen zur Durchreise durch die Tschechoslowakei nur des Reiseausweises und eines gültigen Reisepasses. Ein österreichischer oder tschechoslowakischer Sichtvermerk ist nicht erforderlich. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat den Besuchern auf den Reichsbahnstrecken eine Fahrpreisermäßigung von 25 Proz. gewährt. Zur Erlangung dieser Fahrpreisermäßigung genügt die Vorweisung des Reiseausweises. — Die österreichischen Bundesbahnen werden den Besuchern in der Zeit vom 31. August bis 11. September 1927 eine 25prozentige Fahrpreisermäßigung einräumen. Der Reiseausweis muß durch die Ausgabestellen abgestempelt werden. Die Bahnen der Tschechoslowakei räumen Besuchern der Wiener Herbstmesse eine Fahrpreisermäßigung von 25 Proz. ein, ebenso gewähren die großen Schiffsahrtsgesellschaften weitgehende Fahrpreisermäßigungen. Auch im Luftverkehr werden Ermäßigungen gewährt.

## Feuer im Reinköfner Rathaus.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden heute früh gegen 7 1/2 Uhr nach dem Reinköfner Rathaus alarmiert. In den Kellerräumen waren Kohlenvorräte in Brand geraten, und das Feuer drohte größere Ausdehnung anzunehmen. Die Wehr war bis um 12 Uhr mittags mit den Lösch- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Viele Zentner Bruttos mußten ins Freie befördert werden, um jede weitere Gefahr auszuschließen.

## Folgenschwerer Autozusammenstoß.

An der Ecke der Berliner und Alvenslebenstraße in Wilmersdorf stießen in der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr 30 zwei Kraftdroschken zusammen. Die Insassen der einen, der Kaufmann Robert Schulze aus der Innsbrucker Straße 30 in Schöneberg, eine Frau Helene Konrad aus der Hektorstraße 2 in Halensee und eine Gräfin Hofstein von Bödenore aus der Wapertischen Straße 29 erlitten zum Teil schwere Verletzungen und mußten in das Städtische Krankenhaus in der Pfalzburger Straße gebracht werden.

## Dammrutsch an der Schwarzen Eiser.

### Bedrohte Braunkohlenlager.

Müdenberg, 21. Juli. (TU.) Die Niederschläge der letzten Tage haben im Fließgebiet der Schwarzen Eiser plötzlich Hochwasser gebracht, das gestern in wenigen Stunden die Dämme zwischen Höggerswerda und Pleßta teilweise überflutete. Die Schwarze Eiser stieg in wenigen Stunden 45 Zentimeter und überschreits im Müdenberger Braunkohlengebiet die ganzen Felder, so daß die gesamte Ernte vernichtet ist. Trotzdem die gesamten umliegenden Dörfer alarmiert waren und Tausende von Sandfäden zur Verhinderung der gefährdeten Dämme zusammengeschleppt wurden, stieg das Wasser in der Nacht 18 Zentimeter über den Hochwasserstand des Vorkjahres. Die reichenden Fluten drängten die Sandfäden zurück und nachts gegen 230 Uhr brach bei Dölschbald in der Nähe der Eisenbahnbrücke der Damm in 1 Kilometer Breite, wodurch der Ort Müdenberg teilweise unter Wasser gesetzt wurde.

## Bergmannslos in Waldenburg.

Waldenburg, 21. Juli. (TU.) In der Mittwochnachtschicht beringlückter in der Wälschtorgrube der Tagebau Biederemann aus Bärengrund und der Heuer Krebs aus Schwarzwaldau durch herabfallende Gesteinsmassen tödlich. In der Segengottesgrube fiel der 19jährige Schlepper Medewitz aus Waldenburg-Kittwasser in einen 30 Meter tiefen Schacht. Der Bergarbeiter starb auf dem Transport. Außerdem ereigneten sich noch zwei weitere leichte Unglücksfälle auf der Reichlor- und Glückslgrube.

## Der Hundertachtzehnte.

### Abermals Militärfliegerabsturz in England.

London, 21. Juli. (IL) Ueber Sutton Bridge in der Grafschaft Lincolnshire stürzte gestern ein Militärflugzeug bei Schließübungen aus einer Höhe von nur 50 Metern ab. Der Pilot, ein Offizier, wurde getötet. Nachdem wir gestern berichtet hatten, daß im Jahre 1926 85 englische Militärflieger und in diesem Jahre bereits 32 Militärflieger umgekommen sind, ist das neue das hundertachtzehnte Todesopfer des englischen Fliegerkorps innerhalb 1 1/2 Jahren.

### Drei Streckenarbeiter überfahren.

Erfurt, 21. Juli. (WZ.) Heute früh kurz vor 6 Uhr wurden bei Kahla (Thüringen) drei Streckenarbeiter, die mit dem Borricht der Gleisstoppsmaschine beschäftigt waren, vom Personenzug 871 erfaßt und getötet. Die Schuldfrage wird noch geklärt. Es herrschte starker Nebel.

### Häusers Beisetzung im Ehrengrab.

Hamburg, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch nachmittag wurde der in Kopenhagen tödlich verunglückte Sportflieger Bäumer in einem Ehrengrab auf Staatskosten beigesetzt. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich eingefunden, um dem kühnen Piloten das letzte Geleit zu geben. Die Strafen nach dem Döbberner Friedhof und das weite Gelände des Friedhofes selbst waren von Hunderttausenden angefüllt. Das Reichsverkehrs- und das Reichswehrministerium hatten Vertreter entsandt, für Hamburg war Bürgermeister Dr. Petersen und mehrere Senatoren anwesend. Während der Trauerfeier kreuzte über dem Friedhof eine Fliegerstaffel mit schwarzen Wimpeln.

### Courtneys Oceanflug wiederum vertagt.

London, 21. Juli. (IL) Kapitän Courtney teilte gestern abend der Presse mit, daß er seinen Flug insolge Schwierigkeiten an seinem drahtlosen Apparat um einige Tage verschoben müsse. Nach seinem zweiten Probeflug um die Insel Wight, bei dem er von zwei Sachverständigen für drahtlose Telegraphie begutachtet war, sei er zu seiner Entscheidung gekommen.

### Ein Zug in die Adde gestürzt!

Mailand, 21. Juli. (G.P.) Am Mittwoch morgen stürzte auf der Linie Trient—Bozen zwischen den Stationen Egna und Dra ein direkter Güterzug für Deutschland in die Adde. Das Unglück geschah durch ein Versehen des Zugführers, der vor einer Brücke ein Haltesignal überfuhr. Dadurch geriet der Zug in schneller Fahrt auf den Brellbock eines Nebengleises und stürzte in den Fluß. Der Lokomotivführer sand dabei den Tod und der Heizer wurde lebensgefährlich verletzt. Der Zugführer konnte sich durch Abspringen retten.

### Hagelschloßen in Tennisballgröße!

Calgary (Kanada, Provinz Alberta), 21. Juli. (WZ.) Am Abend des 19. Juli wurde die Gegend von Cochrane von einem furchtbaren Hagelsturm heimgesucht. Die Hagelschloßen sollen so groß wie Tennisbälle gewesen sein. Die Dächer der Häuser und der geschlossenen Kraftwagen wurden durchlöchert, die Telefonröhre zertrümmert. Die Hagelkörner bildeten auf den Straßentändern Haufen von sechzig Zentimetern Dike und einige von ihnen, die über Stunden nach dem Orkan nach Calgary gebracht wurden, wogen noch mehrere Unzen. Glücklicherweise wütete der Sturm nur über einem verhältnismäßig kleinen Gebiet.

Eine Volkshausgründung in Michendorf l. d. Mark. In Michendorf l. d. M., einem an der Borsigstraße nach Pötsch-Heiligtum gelegenen Orte von 1500 Einwohnern, wird am Sonntag, dem 24. Juli, nachmittags 2 Uhr, der Grundstein zu einem Volkshause gelegt werden. An der Veranstaltung nehmen die der Volkshausgenossenschaft angeschlossenen Gewerkschaften des Ortes sowie der Arbeiterturnverein, die Sozialdemokratische Partei und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold teil. Treffpunkt für alle Teilnehmer ist das alte Gewerkschaftshaus in der Saarmünder Straße, von dem um 1/2 Uhr abmarschiert wird. Die Michendorfer Arbeitererschaft erwartet einen zahlreichen Besuch von auswärts.

Angenehmen und preiswerten Ferienaufenthalt bietet die Ferienheimgenossenschaft Naturfreunde e. G. m. b. H., Thüringen, die dank der aufopfernden Tätigkeit ihrer Anhänger ein neues Heim in Betrieb nehmen konnte. Mit dem 1. Juli dieses Jahres ist in Frauenwald in Thüringen ein mit allen Anforderungen der Hygiene ausgestattetes Heim dem Verkehr übergeben. Für die Nachhallen bis in den späten Herbst hinein können dort Erholungs-luchende Aufnahme finden. Außerdem stehen auch in allen anderen Heimen noch Zimmer für die Nachhallen zur Verfügung. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle für Groß-Berlin: Wilhelm Große, Berlin-Nichtenberg, Weidestraße 10. (Rückporto erbeten.)

10 000 Jahre alt. Im Strandbad Brake an der Unterweser, in der Nähe von Bremen, wurden verschiedene Altertumsfunde gemacht. Es handelt sich größtenteils um Knochen und Zähne von Wildpferden, Riesenhirschen, Geräte und Waffen aus Feuerstein und Knochen. Die aus der Weser ausgebagerten Gegenstände sind nach Ansicht von Fachleuten teilweise über 10 000 Jahre alt und stammen aus einer Zeit, wo der jehige Lauf der Weser noch Waldbrand war. Verschiedene Fundstücke sind bisher in keinem Museum vertreten.

Von einem Eisbär zerfleischt. Als im Zoologischen Garten von Madrid ein Wärter, der Futter gebracht hatte, den Eisbärfähig verließ, stürzte sich ein Eisbär auf ihn und brachte ihm mit seinen Zähnen schwere Verletzungen am Gesicht und Kopf bei. Auf die Schreie des Wärters eilte eine Wache herbei, die mit einem Korabiner zwei Schüsse auf den Eisbären abgab. Der Bär ließ darauf von seinem Opfer ab und schlüpfte in eine Ecke des Käfigs. Der verletzte Wärter wurde in sterbendem Zustande in ein Krankenhaus eingeliefert.

## Wie das Betriebsrätegesetz sabotiert wird.

### Der Notzfrei einer christlichen Gewerkschaft.

Die Rheinischen Linoleumwerke in Bedburg an der Erft im Kreise Bergheim zahlen ihren erwachsenen Arbeitern Stundenlöhne von 47 bis 50 Pf., den Handwerkern 51 bis 55 Pf., daneben in einigen Fällen noch eine geringe „Fabrikationsprämie“. Trotzdem seit zwei Jahren kein Tarifvertrag mehr besteht, läßt der Betrieb ständig 56 oder 57 Stunden wöchentlich arbeiten, ohne Ueberstundenzuschlag. In dem Betriebe sind einschließlich der Aute Spinneret und der Weberei annähernd 500 Personen, meist ländliche Arbeiter, beschäftigt. „Das Organisationsverhältnis ist mal gut, meist aber schlecht, was verständlich ist, wenn man weiß, daß jeder, der als Agitator gilt, sein Bündel schnüren kann.“

Eine Betriebsvertretung gibt es nicht mehr. Nachdem die Verwaltungsstelle Düren des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes durch Beschwerde bei der Gewerbeaufsicht Köln-Land wie durch Klage bei der Staatsanwaltschaft verurteilt hatte, die Firma zur Bestellung eines Wahlvorstandes zu veranlassen, wählten die Arbeiter in einer Betriebsversammlung selber einen Wahlvorstand. Mit einer Ausnahme wurden alle Mitglieder des Wahlvorstandes entlassen.

Daraufhin klagte der Verband vor dem Amtsgericht in Bergheim, gestützt auf die §§ 23, 84 und 86 des BRG, auf Schadenersatz. Der Kläger wollte den Beweis erbringen, daß dann, wenn ein Betriebsrat bestanden würde, dessen Einspruch gegen die Kündigung Erfolg gehabt hätte. Weil der Verband dieses ihm zugemutete Kunststück nicht fertig bringen konnte, die Firma jedoch die Entlassung mit allerlei Bemängelungen des Verhaltens der Entlassenen die Berechtigung der Entlassung zu beweisen suchte, wurden die Klagen gegen die Rheinischen Linoleumwerke in Bedburg abgelehnt.

Die Staatsanwaltschaft erkannte außer der — nicht existierenden — Betriebsvertretung keinen Kläger an. Nun sollte durch listenmäßige Abstimmung im Betriebe festgestellt werden, ob die Mehrheit eine Betriebsvertretung haben will oder nicht. Dabei war ein Listenführer so unvorsichtig, fünf Minuten nach der Mittagspause nach die Unterchrist eines Arbeiters einzuholen. Der Mann wurde entlassen und so die Belegschaft wiederum eingeschüchert.

Eine Arbeitsordnung hat die nach allem ebenso brutale wie gerissene Betriebsleitung eingeführt, als sie die frühere Betriebsvertretung los geworden war.

Die christliche Organisation, die nichts unversucht ließ, um eine Betriebsvertretung einzuführen, steht nun ratlos da. Sie klagt, daß die Arbeitererschaft der Rheinischen Linoleumwerke nach dem Vorgelassenen nicht mehr Rückgrat genug besitzt, um sich durchzusetzen. Sie erklärt: Die Arbeitererschaft des Rheinischen Linoleumwerkes Bedburg ist vollständig rechtslos.

Nun, wenn das Verhalten dieser Firma wie im „Deutschen“ auch in der gesamten Zentrumspresse des Westens bekanntgemacht worden wäre, würde es sehr wohl möglich sein, der Firma beizukommen. Außer dieser Voraussetzung ist allerdings erforderlich, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um dem Kampfe der Dürener Gewerkschaft zum Erfolg zu verhelfen.

## Um die Arbeitszeit im Baugewerbe.

### Treibereien der Unternehmer gegen den Achtfundentag.

Die baugewerblichen Unternehmer sind, obwohl sie beim Reichsarbeitsministerium mit ihrer Forderung, eine Schlichterkammer bilden zu lassen, um einen Schiedspruch über die strittige Arbeitszeit im Baugewerbe herbeizuführen, abgelehnt sind, abermals beim Ministerium in der gleichen Richtung vorstellig geworden. Die Antwort des Ministeriums steht noch aus. Das ist, wie gegenüber irtümlichen Meldungen festgestellt werden muß, der augenblickliche Stand der Dinge.

Der Reichsarbeitsminister hat die Bauunternehmer an das Haupttarifamt verwiesen. Für den Fall, daß vom Haupttarifamt entschieden wird, daß die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Arbeitszeit vorliegen, kommt, wie der Reichsarbeitsminister bereits erklärt hat, zweckmäßig vielleicht auch die Erledigung der strittigen Arbeitszeitsfrage selbst durch das Tarifamt als vereinbarte Schlichtungsstelle in Betracht. Die Arbeitgeber vertreten den Standpunkt, die tarifliche Neuregelung der Arbeitszeit müsse jetzt sofort im Anschluß an das Arbeitszeitgesetz erfolgen. Deshalb ihr Drängen auf Schlichtungsverhandlungen. Warum wollen sie nicht das Haupttarifamt darüber entscheiden lassen, ob ihr Standpunkt richtig ist? Die Aufassung des Reichsarbeitsministeriums ist, wie wir hören, jedenfalls die, daß hier zunächst einmal das Haupttarifamt entscheiden soll.

## Wie die „Rote Fahne“ berichtet.

In Nr. 168 der „Roten Fahne“ wird behauptet, daß die Belegschaft des Eisenbahnhausleistungswerts Tempelhof eine aus zwei Sozialdemokraten und einem Kommunisten bestehende Delegation gewählt habe zur Teilnahme an der Boerdigung der Wiener Toten. Diese Behauptung ist glatter Schwindel. Lediglich der Betriebsrat hat aus sich heraus diese Kommission gewählt, die Belegschaft selbst wußte also nichts. Wenn zwei Sozialdemokraten in der Delegation vertreten waren, so deswegen, weil in der „Roten Fahne“ zitierten Artikel und Gerüchte an Ort und Stelle nachsprühen. Lediglich die voreilige und falsche Darstellung in der „Roten Fahne“ trägt Schuld daran, daß die Delegation nicht abgerufen ist.

## Schundgeschäfte im Seifenkleinhandel!

Geradezu unerhörte Verhältnisse herrschen in den beiden Betrieben, in deren Besitz sich die größte Zahl der Groß-Berliner Seifenkleinhandelsfirmen befindet. Die bekannten Firmen Gustav Lisch, G. m. b. H. und Arthur Wasservogel, G. m. b. H., scheuen sich nicht, ihr Personal in den Verkaufsstellen mit Gehältern zu entlohnen, die nur wenig mehr betragen, als ein Erwerbsslofer als Unterstützung beziehen würde. Für Gehälter von 100 Mark monatlich wird eine tägliche Arbeitszeit von neun Stunden verlangt. Die Filialleiterinnen haben für die ordnungsgemäße Geschäftsführung in den Filialen zu sorgen.

Daß auch in diesen Geschäften der Verkauf nicht allzu leicht ist und hohe Anforderungen an die Filialleiterinnen stellt, mag aus der Tatsache hervorgehen, daß etwa 2000 Artikel geführt werden, deren Bezeichnung, Qualität und Preis den Verkaufskräften selbstverständlich bekannt sein muß.

Diese Praxis der beiden Großbetriebe des Seifenkleinhandels ist nur dadurch möglich, daß die Firmen Lisch und Wasservogel vorwiegend um solches Personal bemüht sind, das entweder durch sein nicht mehr jugendliches Alter, oder auch durch die Befürchtung, den von der Firma abgetretenen Wohnraum zu verlieren, von der Wahrung seiner berechtigten Interessen abgehalten wird. Beiden Firmen ist es nämlich sehr wohl bekannt, daß sie durch den von der Reichsarbeitsverwaltung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag für den Berliner Einzelhandel mit erfaßt sind und den Angestellten ein klagarer Anspruch auf die Tarifgehälter zusteht.

Es ist dringend Zeit, daß die Angestellten im Seifenkleinhandel sich auf ihre Rechte und auf ihren Anspruch wenigstens ein Mindestniveau ihrer Lebenshaltung besinnen und sich nicht länger ihr gutes Recht vorerhalten lassen.

Das laufende Arbeiterpublikum — und gerade dies stellt den Hauptunterkreis der Firmen Lisch und Wasservogel — sollte bei seinen Einkäufen darum mit bemüht sein, die Angestellten des Seifenkleinhandels über ihre Rechte aufzuklären und ihnen sagen, wie sie ihre gewerkschaftliche Vertretung und damit auch ihr Recht finden können: Nur durch die Mitgliedschaft im Zentralverband der Angestellten!

## Verhandlungen in der Kölner Metallindustrie.

Nach der Ablehnung des Schiedspruches vom 16. Juli durch die Gewerkschaften, die nachträglich auch der Verband der Arbeitgeber der Metallindustrie von Köln — am 20. Juli — beschloß, hat nunmehr das Reichsarbeitsministerium die Parteien zu weiteren Verhandlungen auf Freitag, den 22. Juli, vormittags, in das Reichsarbeitsministerium nach Berlin vorgeladen.

## Beilegung des Wingerkreißs.

Neustadt a. d. Haardt, 21. Juli. (WZ.) Die heute vor dem Landrichter geführten Verhandlungen zur Beilegung des Wingerkreißs führten zu dem Ergebnis, daß der Ecklohn auf 50 Pf. für die Arbeiter über 20 Jahre festgelegt wurde, während die Löhne der übrigen Arbeiter sich im bisherigen Verhältnis errechnen. Die Regelung gilt mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres und kann erstmals zum 29. Oktober 1927 gekündigt werden. Die Entscheidung ist endgültig und rechtsverbindlich. Nachregelungen finden nicht statt.

## Ueberstundenzuschlag in der Ledertreibriemenindustrie.

Der Reichstarifvertrag in der Ledertreibriemenindustrie wurde von den Vertragsparteien nicht gekündigt und bleibt bis 30. September 1928 in Kraft. In der Neuregelung der Ueberstundenzuschläge hat sich der Arbeitgeberverband der Ledertreibriemenindustrie bereit erklärt, zunächst als Provisorium die 25 Proz. für die ersten fünf Ueberstunden ab 1. Juli anzuerkennen. Demnach gelten zunächst die 25 Proz. Zuschlag für die Ueberstunden an Stelle der bisherigen Regelung. Alle Funktionäre und Arbeiter haben darauf zu achten, daß der Zuschlag von 25 Proz. ab 22. Arbeitsstunde bezahlt wird.

## Tarifkündigung im ober-schlesischen Bergbau.

Kattowitz, 20. Juli. (WZ.) Die deutschen und polnischen Bergarbeiterverbände haben unter Hinweis auf die wachsende Teuerung der Lohnvertrag im ober-schlesischen Bergbau zum 1. August gekündigt und verlangen eine Erhöhung der bisherigen Löhne, bis durch die für Anfang der kommenden Woche angelegte Konferenz der Berufsverbände fixiert werden soll.

## Zum Kongreß der Schuh- und Lederarbeiterinternationale.

Als Delegierte zum Internationalen Kongreß der Schuh- und Leder-Industriearbeiter in London sind trotz des großen Angebotes von Kritikern in den kommunistischen Zeitungen und trotz der Verbreitung von Flugblättern unter der Kollegenchaft die drei Kandidaten der Amsterdamer Richtung gewählt worden. Auch der in Berlin inszenierte Sündenwahn, bei dem mit der Forderung gearbeitet wurde, daß nur ein Vertreter aus dem Betriebe gewählt werden dürfe, hat dem kommunistischen Kandidaten nicht zum Siege verhelfen können.

## Lohnerhöhung der Eisenbahnarbeiter in Polen.

Warschau, 21. Juli. (IL) Einer Entscheidung des Ministeriums zufolge werden am 1. September die Löhne der Eisenbahnarbeiter erhöht werden, was bisher infolge der schlechten Finanzlage des Staates nicht möglich gewesen sei.

## Der Bauarbeiterstreik in Lodz.

Lodz, 21. Juli. (WZ.) In einer Versammlung der streikenden Bauarbeiter, an der Vertreter sämtlicher Gewerkschaftsrichtungen und Organisationen teilnahmen, wurde beschlossen, für den 27. Juli eine neue Konferenz einzuberufen, in der entschieden werden soll, ob auch andere Gewerkschaften und Branchen zu dem Generastreik hinzugezogen werden sollen.

Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen Großbritanniens betrug am 11. Juli 1 036 500, also 17 076 weniger als in der vorhergehenden Woche und 607 694 weniger als im entsprechenden Zeitraum des vorigen Jahres.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klinghöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schöler; Verwaltung: Dr. John Schilowski; Soziales und Sonstiges: Frig. Karstadt; Angelegen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Normdrucks-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Normdrucks-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

## Bevor Sie Tapeten kaufen!

müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma

### Tapeten-Stahlke

Lindower Straße 5

im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.

4 Schaufenster lichtbeständige Tapeten

mit billigen Engrospreisen überzeugen.

Durch Wassermessung Engrosbezug 40% Ersparnis! — Der weiteste Weg lohnt!

Radio-Anlagen  
**ohne Anzahlung**  
nach 5 Monats-  
raten zu M. 5.—  
Ferner in Lautsprecher-Anlagen zu günstigsten  
Bedingungen liefert das Fachgeschäft  
**BERLIN NW 40**  
**Radiotyp, Alt-Moabit 124**  
Tel. Moabit 9239 (gegenüber dem Kriminalgericht)

## Gerhard Köhnen

Das Haus

für Volkskleidung

und Berufskleidung

**NEUKÖLLN**

Hermannstraße 76-77

Metallbetten 10 50

Schlafchaiselongues 24.—

Fabrikpreise Ratenzahlung

Göhr Berlin, Pappelallee 12

Pankow, Schmidtstr. 1

frei jeder Bahnstation.

liefert seit 25 Jahren

Dickmann A.-G., W 57

Wochenhäuser — Prospekt gratis!

Wald- u. Wasserparks-Neubau!

## GUSTAV RADBRUCH

KARTONIERT 1.40 MARK

DEMNÄCHST ERSCHEINT

KULTURLEHRE

DES

SOZIALISMUS

IDEOLOGISCHE

BETRACHTUNGEN

ZU BEZIEHEN DURCH

SÄMTL. BOTENFRAUEN

UND SPEDITIONEN DES

„VORWÄRTS“, SOWIE

VOM VERLAG J. H. W.

DIETZ NCHFL, BERLIN

SW 68, LINDENSTR. 2

KARTONIERT 1.40 MARK

## Beleuchtungskörper

und jeden elektrischen Gebrauchsartikel

bekommen Sie am billigsten

bei bequemer Teilzahlung

in unseren Ausstellungsräumen, Eisässer Straße 78

Elektrische Anlagen während der Sommermonate

einfache Brennstelle 10.— M. bei sauberster Ausführung.

Berliner Elektriker-Genossenschaft E. G. m. b. H.

Eisässer Str. 86-88 / Alexanderstr. 39-40 / Wilmersdorf, Landhausstr. 4

Ausführung sämtlicher

**Glaserarbeiten**

sowie Glas- u. Kittlieferungen

bestellen die Genossen vorteilhaft nur bei der

Glaserhütte G. m. b. H.

Großglaserrei u. Glaserhandel | Tel.: Nord. 10698

Berlin N 24, Friedrichstr. 120 | a. Moritzpl. 12978